



Mexiko 2007: Die Ruhe nach dem Sturm

Valeska Hesse und Svenja Blanke

- Ein Jahr nach der „umkämpften“ Amtseinführung des neuen Staatspräsidenten Felipe Calderón (PAN) ist die politische Lage in Mexiko weitaus stabiler als angenommen werden konnte.
- Die Opposition: Die PRD ist gespalten. Der Wahlverlierer Andrés Manuel López Obrador (PRD) erkennt den Staatspräsidenten nicht an. Verglichen mit dieser Radikalposition sieht die Politik der im Amt stehenden PRD-Politiker jedoch anders aus: Die Abgeordneten und Senatoren der PRD arbeiten seit dem 1. Dezember 2006 konstruktiv an Gesetzesinitiativen mit. Fünf der sechs PRD-Gouverneure verhandeln mit Calderón. Die ehemalige Staatspartei PRI hingegen, die 2006 in den Nationalwahlen eingebrochen war, gewinnt unter ihrer neuen Parteivorsitzenden wieder an Boden.
- Der Kongress: Überraschend schnell wurde im September eines der wichtigsten Reformvorhaben der Legislaturperiode, die Wahlrechtsreform, mit Unterstützung aller drei großen Parteien verabschiedet. Sie symbolisiert einen Meilenstein auf dem Weg zur Lösung der angestauten sozialen und politischen Konflikte.
- Der Präsident oder der Brennpunkt Drogenkrieg: Mit der Entsendung des Militärs zum Kampf gegen das Drogenverbrechen und mit dem „Plan Merida“ verstärkt Calderón die Zusammenarbeit mit den USA im Kampf gegen die organisierte Kriminalität.

PRD = Partido de la Revolución Democrática (Partei der demokratischen Revolution)
PAN = Partido Acción Nacional (Partei Nationale Aktion)
PRI = Partido Revolucionario Institucional (Revolutionäre institutionalisierte Partei)
PEMEX = PEtroleos MEXicanos (Mexikanische Erdölgesellschaft)

Calderón regiert und Lopez Obrador negiert:

Während Felipe Calderón von der konservativen Partido Acción Nacional (PAN) seit nun einem Jahr den normalen Amtsgeschäften nachgeht, zieht der sich „legitimer Präsident“ nennende Andrés Manuel Lopez Obrador durch die Dörfer, wettet auf den Marktplätzen von Cancún bis Oaxaca gegen das „falsche Regime“ von Calderón und gegen die „Verräter“ aus den eigenen Reihen, die mit dem „illegitimen Präsidenten“ Calderón zusammenarbeiten.



Als „legitimer“ Staatspräsident mimt der unterlegene PRD-Präsidentschaftskandidat sogar die traditionellen Rituale, die mexikanische Präsidenten im September auszuführen pflegen - Vorstellung des Regierungsberichts des Präsidenten und „grito“ (Unabhängigkeitsruf) am Tag der Feierlichkeiten zur Unabhängigkeit am 15. September. Damit verrät Lopez Obrador viel über die Macht der nationalen Symbole im Land der Azteken, an denen auch er festhält - im Gegensatz zu seiner Fundamentalkritik an den mexikanischen Institutionen. Trotz der außerparlamentarischen Opposition López Obradors und entgegen dem, was die vor einem Jahr entstandenen dramatischen Bilder

sich prügelnder Abgeordneter im Nationalkongress vermuten ließen, ist die aktuelle politische Lage erstaunlich stabil.

Die Opposition

Während der ehemalige Präsidentschaftskandidat der PRD an „exekutiven Parallelstrukturen“ und der Nicht-Anerkennung von Felipe Calderón festhält, arbeiten die Repräsentanten der PRD in beiden Kammern, Senat und Abgeordnetenhaus, als zweitstärkste Fraktion und Mitglied im Rahmen des Oppositionsbündnisses *Frente Amplio Progresista* erstaunlich konstruktiv an den Gesetzesinitiativen zu den dringenden Reformprozessen mit. Die Mehrheit der PRD-Abgeordneten im Parlament gehört der Strömung „*Nueva Izquierda*“ (NI) an, die von Jesus „Chucho“ Ortega angeführt wird. Die „Chuchos“ sind pragmatisch, sie wollen ihre Macht im Parlament nutzen, um Politik mitzugestalten. Dafür werden sie von López Obrador abgemahnt. Und regelmäßig flammt auch, zur Freude der Medien, die Debatte um die Anerkennung des Präsidenten auf. So auch auf dem im August abgehaltenen Parteitag der PRD: Die Partei einigt sich dort zwar auf die rückhaltlose Unterstützung des „legitimen“ Präsidenten López Obrador und schließt im Prinzip jegliche Verhandlungen mit Felipe Calderón aus, aber auf die Aufnahme eines entsprechenden Paragraphen im programmatischen Schlussdokument des Kongresses konnte man sich nicht einigen. Auf dem Parteikongress wurde das Dilemma der PRD deutlich sichtbar: die Basis unterstützt weiterhin López Obrador, er ist derjenige, der die Massen mobilisiert und die Wähler anzieht. Aber in allen entscheidenden parteiinternen Wahlen setzt sich die Strömung *Nueva Izquierda* durch, während die Strömung „*Frente Político de Izquierda*“ (FPI), in der López Obrador die meisten seiner Unterstützer findet, das Nachsehen hat. Die einzelnen Strömungen mit ihren zum Teil entgegengesetzten Interessen, politischen Vorstellungen und Klientelismen beherrschen und spalten die Partei ein Jahr nach der Amtseinführung. So legt auch die jüngste Aussage der Vorsitzenden des Kongresses, Ruth Zavaleta (PRD), wegen ihres Amtes könne sie sich einer *de-facto*-Anerkennung Calderóns als Staatspräsident Mexikos nicht entziehen, mal wieder die Grabenkämpfe in der PRD weit offen.

Die Spaltung der Partei spiegelt sich auch deutlich in den für März 2008 vorgesehenen Wahlen zum neuen Parteivorsitzenden wider: Alejandro Encinas, ehemaliger Bürgermeister von Mexiko-Stadt und Wortführer der FPI tritt gegen Jesus

„Chucho“ Ortega von der NI an. Wie die Wahl ausgehen wird, ist ungewiss. Zumindest aber konnten sich die NI und ihre Alliierten in einer entscheidenden Fragen durchsetzen: Sie verhinderten, dass die Wahlen für die Ämter des neuen Parteivorsitzenden und des neuen Generalsekretärs der PRD für die gesamte Bevölkerung geöffnet werden (ein nicht unübliches Vorgehen in Mexiko), so dass allein die ordentlichen Mitglieder wählen dürfen. Die Rechnung ist einfach: Würden die Wahlen für die gesamte Bevölkerung geöffnet, ist der Sieg des populären Alejandro Encinas gewiss; wählen nur die ordentlichen Mitglieder, so gibt es Chancen für Jesus Ortega.

Durch ihr Verhalten schaffen die „Chucho“-Anhänger Tatsachen: sie wollen eine Oppositionspartei, die sich trotz möglichen Wahlbetrugs der Aufgabe annimmt, die durch die Wähler an sie herangetragen wurde. Doch die parteiinterne Kritik an den pragmatischen Chuchos wiegt schwer: Es heißt, sie interessieren sich nur für die Sicherung der eigenen Posten, an einer Renovierung der Partei im Sinne einer wahren Institutionalisierung und Verzahnung mit sozialen Bewegungen seien sie nicht interessiert.

Die wahren Zentren der Macht der PRD liegen derzeit im Kongress.

Der Kongress: Auf der Suche nach Allianzen

Die parlamentarische Zusammenarbeit der PRD ist konstruktiv. Da das Land vor dringenden Problemen und notwendigen tiefgreifenden strukturellen Reformen steht, ist die Rolle der PRD als mitgestaltendes „soziales Korrektiv“ überaus wichtig. Denn die beschriebene politische Stabilität und das „Arrangement“ mit dem Status Quo sind nicht gleichbedeutend mit der Lösung bestehender sozialer und politischer Konflikte.

Das Kräfteverhältnis im Parlament ist ein weiterer Faktor, der für die Zusammenarbeit im Parlament spricht: keine der drei großen Parteien (PAN, PRI, PRD) hat die Mehrheit und die Partei des amtierenden Präsidenten ist auf Allianzen angewiesen, will sie ihre ambitionierten Reformvorhaben durchsetzen. Zwischen PRI und PAN gibt es zwar keine offizielle Koalition, aber die beiden Parteien liegen inhaltlich-thematisch relativ eng aneinander. Gemeinsam haben sie die erste große Gesetzesinitiative im April durch den Kongress gebracht: die Reform der Rentenversicherung des öffentlichen Dienstes. Die Reform beinhaltet den radikalen Wechsel vom bisherigen Solidarsystem der Pensionen der Angehörigen des öffentlichen Dienstes und der Lehrer auf eine kapitalgedeckte Rente mittels individueller Sparpläne.

Alle drei großen Parteien haben sich im Februar auf die Notwendigkeit von „Staatsreformen“ geeinigt, die eine Verbesserung des veralteten institutionellen Aufbaus des mexikanischen Staates versprechen. Die Abgeordneten haben bis Februar 2008 Zeit, über eine Sonderkommission gemeinsam Gesetzesvorschläge zu zentralen Themen zu präsentieren: Staats- und Regierungssystem, Demokratie- und Wahlsystem, Föderalismus, Justizsystem, Soziales.

Ein wichtiges Reformvorhaben aus diesem Topf wurde überraschend schnell im September auf Initiative und mit Hilfe der PRD verabschiedet. Kritiker sprechen von parlamentarischen Kungeleien oder der Verhandlung von einzelnen Parteiinteressen. Die Reform ist jedoch aufgrund ihrer Reichweite für die Konsolidierung der mexikanischen Demokratie von großer Bedeutung. Die drei großen Parteien im Senat haben sich darauf geeinigt, der skandalösen und einseitigen Finanzierung der mächtigen Privatmedien durch die Wahlkampagnen der Parteien Einhalt zu gebieten. Das Gesetz, das auch bereits von einer Mehrheit der 31 Bundesstaaten sowie vom Abgeordnetenhauses angenommen worden ist und ab dem Jahr 2008 wirksam wird, verbietet in Mexiko die Finanzierung von Wahlkampagnen in öffentlichen und privaten elektronischen Medien. Des Weiteren wird die öffentliche Parteienfinanzierung um 5% gesenkt, die private Parteienfinanzierung um ca. 85% und die Wahlkampfzeit um die Hälfte auf drei Monate gekürzt. Das Bundeswahlinstitut, das in der letzten Wahl sehr viel an Vertrauenswürdigkeit eingebüsst hatte, soll ebenfalls reformiert werden.

Die dringend notwendige Finanzreform, die in allen Punkten nur die Zustimmung der PRI und der PAN erhielt, hat die 2%-Erhöhung der Staatseinnahmen aus Steuern zum Ziel (von 10% auf 12% bis zum Jahr 2012). Kern der Reform bildet eine neue Unternehmenssteuer, die bei 16,5% liegt und in 3 Jahren auf 17,5% angehoben werden soll, sowie die Erhöhung des Benzinpreises um 5,5% (2 Cent pro Monat für 1 ½ Jahre). Die PRD hat eine Unternehmenssteuer gefordert, die bei 28% liegen soll, und befürchtet nun eine Verteuerung der allgemeinen Lebenshaltungskosten durch die Anhebung des Benzinpreises.

Kritiker merken insgesamt die Unvollkommenheit der Reformen an, die nicht so vollständig und tiefgreifend sind, wie es eigentlich wünschenswert wäre. Weitere wichtige und notwendige Reformen, die jedoch viel Konfliktstoff bergen, sind die Bildungsreform, die Reform des Arbeitsrechts und

die Öffnung des staatlichen Ölkonzerns PEMEX für private Teilhabe und Investitionen.

Der Präsident: Kampf gegen den Drogenhandel

Ein weiteres Thema, an dem sich die Geister scheiden, ist die von Präsident Calderón zu Beginn seiner Amtszeit getroffene Entscheidung, das Militär zur Bekämpfung der wachsenden Macht der Drogenkartelle einzusetzen, sowie die als „Plan Mérida“ angekündigte verstärkte Zusammenarbeit mit den USA im Drogenkrieg. Tatsächlich ist die Lage dramatisch. Der massive Militäreinsatz ist eine bei der Bevölkerung beliebte, aber schier aussichtslose Maßnahme im gesamtamerikanischen Kampf gegen das organisierte Verbrechen. Seit Beginn des Jahres 2007 sind ca. 2000 Menschen im Zusammenhang mit dem Drogenhandel/-krieg ermordet worden: Politiker, Funktionäre, Polizisten, Mitglieder der Drogenkartelle und Journalisten. Die mexikanische Armee ist mittlerweile in 10 Bundesstaaten im Einsatz. 15 Drogenbosse wurden an die USA ausgeliefert. Die vier mexikanischen Kartelle haben den illegalen Drogenhandel in Lateinamerika im Griff. 90 Prozent des in USA konsumierten Kokains gelangt gegenwärtig über die mexikanische Grenze ins Land, so die aktuellste Studie des *US Bureau of International Narcotics and Law Enforcement Affairs*. Nun sollen die USA mit einem 1.500 Millionen-Dollar-Paket (über drei Jahre verteilt) aushelfen, das die Lieferung von Militärausrüstung, Training und Unterstützung durch die US-Nachrichtendienste vorsieht. Die Opposition vergleicht dieses Kooperationsangebot mit dem „Plan Colombia“ und befürchtet, dass damit Voraussetzungen für die Stationierung von US-Truppen auf mexikanischem Boden geschaffen werden.



Die Kooperation zwischen den USA und Mexiko in Sicherheitsfragen kommt einer Revolution gleich: bis 1995 existierten nicht einmal militärische Beziehungen zwischen den beiden Nachbarn.

Angesichts der tiefen Durchdringung von Politik, Justiz- und Polizeiwesen in Mexiko durch das organisierte Verbrechen wird der „Plan Merida“ alleine das Problem der organisierten Kriminalität nicht lösen. Er birgt sogar neue Probleme. Aus den späten 1990ern ist bekannt, dass von den USA ausgebildete Spezialmilitärs später von den Drogenkartellen angeworben und rekrutiert wurden. Einige Experten sehen den Plan als Indiz, dass die USA die Bekämpfung der Drogenkartelle nicht mehr allein als innermexikanisches Problem behandeln und interpretieren ihn sogar als Zeichen einer verbesserten Beziehung der konservativen mexikanischen Regierung zu ihrem starken Nachbarn im Norden. Nachdenklich stimmen sollte allerdings das allgemeine Ziel des Plans: die verbesserte Zusammenarbeit „im Kampf gegen den globalen Terrorismus“. Die Vermischung der unscharfen Kategorie „globale Terrorismusbekämpfung“ mit der lokal organisierten Kriminalität könnte zu weitreichenderen Verpflichtungen führen, als es die mexikanische Seite gewollt hat.

Ausblick

Derzeit erscheint die PAN in Umfragen als beliebteste Partei, gefolgt von der PRI. Auf einzelstaatlicher Ebene ist die PRI weiterhin die am tiefsten verwurzelte Partei. In verschiedenen Gouverneurs- und Kommunalwahlen ging sie 2007 mit wenigen Ausnahmen als klare Siegerin hervor. Und auch auf bundesstaatlicher Ebene gewinnt sie dank ihrer neuen und progressiven Parteivorsitzenden, Beatriz Paredes, erneut an Boden. Allerdings steht Paredes den verkrusteten Parteistrukturen und korrupten Machenschaften einiger ihrer Parteigenossen relativ macht- und tatenlos gegenüber. In

der Beziehung mit der PAN sucht sie einen Weg zwischen inoffiziell Koalitionspartner und Abgrenzung.

Weit abgeschlagen in Umfragen und regionalen Wahlen ist die PRD. Verglichen mit ihrem realen Zuwachs bei den Wahlen 2006 kommt die aktuelle Situation einem politischen Absturz gleich. Es bleibt zu hoffen, dass ein neuer, starker und integrierender Parteivorsitzender die PRD nach den internen Präsidentschaftswahlen im März 2008 als das politische Gegengewicht und die linke demokratische Partei etablieren kann, die Mexiko aufgrund seiner skandalösen sozialen Ungleichgewichte und der Verletzung fundamentaler Arbeitnehmerrechte so dringend braucht. Konstruktive Oppositionspolitik könnte ein Weg dorthin sein. Sollte die PRD jedoch weiterhin wichtige Grundsatzdebatten linker politischer Gestaltungsmöglichkeiten zu Gunsten selbstbezogener Streitereien verdrängen, wird der eigentliche Wahlkampf um den obersten Staatsposten 2012 zwischen PRI und PAN allein stattfinden.

Kontakt in Deutschland:

Friedrich Kramme-Stermose
Friedrich-Ebert-Stiftung
IEZ/Lateinamerika und Karibik
Godesberger Allee 149
53175 Bonn

Tel.: 0228/883-573
Fax: 0228/883-404
E-Mail: Friedrich.Kramme@fes.de